

Petrobras-Affäre

Finma ermittelt gegen drei Banken

Im Schmiergeldskandal um den brasilianischen Petrobras-Konzern gerät der Schweizer Finanzplatz stärker unter Druck. Die Finanzmarktaufsicht Finma eröffnete formelle Verfahren gegen drei Institute.

von Balz Bruppacher 3.11.2015



Schatten der Vergangenheit: Petrobras steckt in einem Korruptions-Skandal. (Bild: Imago)

Die Dimension der mutmasslichen Schmiergeldtransaktionen im Fall Petrobras über den Finanzplatz Schweiz liess von Anfang an aufhorchen. Die Bundesanwaltschaft (BA) berichtete im letzten Frühling von weit über 300 Konten bei mehr als 30 Banken, über die vermutete Bestechungszahlungen von 400 Mio. \$ geflossen sind. Die Affäre rief deshalb auch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma auf den Plan. Sie klärt seit längerem bei verschiedenen Banken und Effekthändlern ab, wie die Sorgfaltspflichten im Kampf gegen die Geldwäscherei eingehalten wurden und wie die Geldwäscherei-Meldestelle des Bundes informiert wurde.

Mängel bei Geldwäscherei-Abwehr

Hatte die Finma im vergangenen März noch keine Angaben zum Resultat dieser Abklärungen gemacht, zeichnen sich nun konkrete Folgen der Affäre auf dem Finanzplatz ab. «Bei drei Banken hat die Finma Mängel bei der Umsetzung der Geldwäscherei-Bestimmungen festgestellt», gab Finma-Sprecher Tobias Lux auf Anfrage der NZZ bekannt. Im September dieses Jahres habe die Finma deshalb sogenannte Enforcementverfahren gegen diese drei Institute eingeleitet. Zu solchen Verwaltungsverfahren zur Rechtsdurchsetzung greifen die Bankenaufseher dann, wenn mildere Aufsichtsmittel nicht zielführend sind.

Welche Banken von den Verfahren betroffen sind, sagte der Sprecher nicht. Auch zur voraussichtlichen Dauer der Untersuchungen und den möglichen Sanktionen äusserte sich Lux nicht. Gemäss Gesetz kann die Finma Gewinne einziehen, Berufsverbote verhängen oder organisatorische Korrekturen verlangen. Im Extremfall kann ein Enforcementverfahren bis zum Entzug der Bewilligung oder zur Liquidation führen. Im Sinne einer besseren Transparenz über diese «Polizeitätigkeit» hat die Finma für 2014 erstmals einen Enforcementbericht veröffentlicht; das Resultat der Petrobras-Verfahren dürfte in einem der künftigen Berichte auftauchen.

Die Finma stellte laut ihrem Sprecher auch bei anderen Banken Mängel fest. Sie seien jedoch weniger gravierend, weshalb die Behebung bei der laufenden Aufsicht überwacht werde. Bei Banken mit solchen kleineren Mängeln im Geldwäschereidispositiv werde die Finma die Geldwäscherei-Aufsicht intensivieren und die Wirkung von geeigneten Massnahmen kontrollieren. Bei einem weiteren Teil der Banken stellte die Finma keine Mängel fest. In einigen Fällen seien die Vorabklärungen noch nicht abgeschlossen, erklärte Lux.

Hohes Reputationsrisiko

Die Angaben der Finma werfen die Frage auf, ob Organe und Mitarbeitende von Banken mit Strafverfahren rechnen müssen. Die Finma selber führt keine Strafuntersuchungen durch; sie kann aber Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden erstatten. Die Bundesanwaltschaft hat sich bisher nicht dazu geäußert, ob sich ihre Verfahren auch gegen Banken in der Schweiz richten. Die Bundesanwaltschaft erklärte aber, der Finanzplatz Schweiz sei vom Petrobras-Skandal stark betroffen und sei durch Vorkommnisse dieser Art einem sehr hohen Reputationsrisiko ausgesetzt.

Bekannt ist, dass die BA ihre Ermittlungen seit dem letzten Frühling ausgeweitet hat. So bestätigte die BA im Juli, dass sich ihre Verfahren auch gegen Personen und Firmen des brasilianischen Mischkonzerns Odebrecht richten. Anfang Oktober wurde bekannt, dass die BA Gelder des Präsidenten des brasilianischen Abgeordnetenhauses, Eduardo Cunha, sperren liess. In diesem Fall hat das Bundesamt für Justiz die brasilianische Justiz um Übernahme des Strafverfahrens ersucht.